
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.49042

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Philippe MARGUERAT, *Le III^e Reich et le pétrole roumain 1938–1940. Contribution à l'étude de la pénétration économique allemande dans les Balkans à la veille et au début de la Seconde Guerre mondiale*, Leiden (A. W. Sijthoff) 1977, 231 S. (Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, Collection de Relations Internationales, 6).

Südosteuropa und speziell Rumänien haben schon während des Weltkrieges 1914/18 in der Kriegszieldiskussion um ein deutsch-geführtes *Mitteleuropa* eine wichtige Rolle gespielt. Nach dem Kriege gewannen die Donau- und Balkanländer dann, sobald die Weimarer Republik die Krisen der Anfangszeit Mitte der zwanziger Jahre überwunden hatte, für die deutsche Wirtschaft und Außenhandelspolitik in längerfristiger Perspektive sogar eine noch größere Bedeutung, da Rußland seit der bolschewistischen Revolution als Absatzmarkt und Rohstoffbasis für die deutsche Industrie – soweit nicht die Sowjetregierung zur Überwindung von *Engpässen* in ihren auf *Autarkie* gerichteten ökonomischen Anstrengungen an speziellen Lieferungen besonderes Interesse hatte – weitgehend ausgefallen war. Die Weltwirtschaftskrise (1929 ff.) verstärkte die Bedeutung Südosteuropas für die deutsche Wirtschaft abermals ganz erheblich, da die Donau- und Balkanländer nun angesichts des deutschen Devisenmangels als »ideale« Partner für Handelsbeziehungen auf Clearing-Basis galten. Erneut rückten bereits Anfang der dreißiger Jahre *Mitteleuropa*-Konzeptionen unter dem neuen Schlagwort *Großwirtschaftsraum* in den Mittelpunkt publizistischer Erörterungen, und vom Ausgang her betrachtet: der Einbeziehung des größten Teils Südosteuropas in den deutschen Machtbereich im Laufe des ersten Kriegsjahres 1939/40 und als ökonomischer Rückhalt für die Kriegführung des *Dritten Reiches*, drängte sich allgemein rückschauend der »Eindruck« auf, als seien die Donau- und Balkanländer schon in den dreißiger Jahren Zug um Zug zu einem wesentlichen Teil eines sich formierenden, bei Kriegsbeginn 1939 faktisch bestehenden informellen deutschen Wirtschaftsraumes, eines »Reichsmarkimperiums«, geworden (wie es Bernd-Jürgen WENDT, verbreitete Vorstellungen resümierend, in seinem Beitrag zur Festschrift für Fritz Fischer »England und der deutsche Drang nach Südosten. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen«, in: *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Düsseldorf 1973, S. 483 ff., formulierte).

Es blieb jedoch bisher ungeklärt, wieweit »Programm« und Realität übereinstimmten, mit anderen Worten: ob das Hineingleiten der Länder Südosteuropas in einen deutschen »Großwirtschaftsraum« seit 1930/33 tatsächlich so leitliniengemäß verlaufen und bis September 1939 schon so weit fortgeschritten war, daß man von den Donau- und Balkanländern als einem Teil dieses deutschen *informal Empire* bereits in dieser Zeit sprechen kann. Die hier vorzustellende Studie hat im Zweifel an der gängigen These von der Übereinstimmung von politisch-propagandistischer Deklaration und dem bis 1939 erreichten Grad realer Zugehörigkeit der Donau- und Balkanländer zu dem anvisierten *Großwirtschaftsraum* ihre Wurzel. Die ursprüngliche Absicht des Vf.s, die auf den gesamten Donau- und Balkanraum bezogene These im Rahmen seiner Unter-

suchungen auch insgesamt zu überprüfen, ließ sich wegen der Schwierigkeit der Quellenbeschaffung und der doch recht unterschiedlich verlaufenen Entwicklung in den einzelnen Ländern Südosteuropas nicht verwirklichen. So konzentrierte er sich auf ein für die deutsche Wirtschaft und Rüstung besonders wichtiges Land: Rumänien und auch hier auf den Zeitraum, an dem sich am besten ablesen läßt, wieweit ›Programm‹ und Realität übereinstimmten: die drei Jahre vom Sommer 1938 (Auswirkungen des *Anschlusses* Österreichs auf das Verhältnis des *Großdeutschen Reiches* zu den Staaten Südosteuropas) bis zum Spätsommer 1940 (Regierungsübernahme in Rumänien durch General Antonescu nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch).

Doch selbst diese Beschränkung warf noch Quellenprobleme auf. Wohl standen dem Vf. (im Gegensatz zum Rezensenten, der, als er Anfang der fünfziger Jahre den Versuch unternahm, die deutsch-rumänischen Beziehungen von 1938 bis 1944 auch im ökonomischen Bereich so weit wie unter den damaligen Bedingungen möglich in den großen Zügen zu klären: »Hitler, König Carol und Marschall Antonescu«, Wiesbaden 1954, hierfür neben den Dokumenten aus den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen auf Zeugnisse aus privater Hand angewiesen war) die inzwischen ins Politische Archiv nach Bonn und ins Bundesarchiv Koblenz zurückgekehrten Akten der deutschen Reichsbehörden uneingeschränkt zur Verfügung, aber in Rumänien wurde ihm jeder Zugang zu den Archivalien verweigert, so daß er sich für die rumänische Seite auf die kritische Auswertung der zeitgenössischen Presse und Statistiken sowie der mit mancherlei Tabus behafteten rumänischen Nachkriegsveröffentlichungen beschränken mußte. Obwohl die Quellensituation hinsichtlich Großbritanniens und Frankreichs, der wirtschaftspolitischen Hauptgegenspieler Deutschlands in der Auseinandersetzung um den südosteuropäischen Markt, soweit es die staatlichen Archive der beiden Länder angeht, günstiger ist, blieb dem Vf. doch auch hier der Zugang zu den für sein Thema besonders wichtigen Firmen- und Bankenarchiven mit einer Ausnahme verschlossen. (Dies galt übrigens auch für die Bundesrepublik Deutschland, doch vollzogen sich die entsprechenden wirtschafts- und finanzpolitischen Aktivitäten 1938–1940 auf deutscher Seite – im Gegensatz zur britischen und französischen – im staatlichen Rahmen bzw. im Staatsauftrag, so daß sich die entscheidenden Vorgänge in den amtlichen deutschen Akten spiegeln). Insgesamt kann soweit die Quellenlage für die Untersuchung M.s im Vergleich zur Situation in den frühen fünfziger Jahren als weitaus besser, aber als noch keineswegs wirklich zufriedenstellend bezeichnet werden. Indessen reichte die erweiterte Quellengrundlage aus, um, nicht zuletzt gestützt auf ein reichhaltiges statistisches Material, die verbreiteten Vorstellungen von der Realität eines deutschen *Großwirtschaftsraums* in Südosteuropa und der Zugehörigkeit Rumäniens schon in der Zeit vor Kriegsbeginn 1939 ganz erheblich zu korrigieren.

Etwas vereinfacht und knapp zusammengefaßt sieht der Vf. das von ihm erstmals detailliert dargestellte Ringen zwischen Deutschland und den europäischen Westmächten um den ausschlaggebenden Einfluß in der rumänischen Wirtschaft in den dreißiger Jahren in mehreren Etappen, mit wechselnden Erfolgen

und Rückschlägen auf beiden Seiten, so verlaufen: nach einer 1. Phase in den letzten Jahren der Weimarer Republik (1930–1933), die durch eine mächtige deutsche Exportoffensive in Südosteuropa gekennzeichnet war, und einer weiteren (2.) in den ersten Jahren des *Dritten Reiches* (1933–1936), die wesentlich von einer starken Rückläufigkeit in den Handelsbeziehungen, einem geringen deutschen Interesse am rumänischen Markt und einer Kanalisierung des Warenaustausches im Dienste der deutschen Aufrüstung charakterisiert war, folgte (von 1936 bis zum Sommer 1938) eine 3. Phase, in der die Rollen Deutschlands und Rumäniens vertauscht waren: nunmehr bremste die rumänische Seite eine ihr zu bedenklich erscheinende, von deutscher Seite forcierte Ausweitung des Handelsvolumens auf Clearing-Basis, die Rumäniens Währung bedrohte, und suchte die Verbindungen mit anderen kapitalkräftigeren Handelspartnern, vor allem den Westmächten, aufrechtzuerhalten und (dabei nicht sehr erfolgreich) zu verbessern. Diese eben genannten drei Phasen werden in der Studie des Vf.s allerdings nicht untersucht, sondern nur in der Schlußbetrachtung dem Resümee der Ergebnisse vorangestellt.

Die eigene Forschungsarbeit, deren Ergebnisse vorgelegt werden, setzt mit der Zäsur des Sommers 1938 ein. Jetzt erst, nach dem *Anschluß* Österreichs, gewann Rumänien für die deutsche Politik im allgemeinen und gewann das rumänische Erdöl im Rahmen des deutschen Außenhandels im speziellen eine Schlüsselstellung. Das Handicap für die deutsche Seite lag indessen in der Schwäche des deutschen Kapitals in Rumänien. Die wichtigsten Teile der rumänischen Erdölindustrie befanden sich im Besitz britischer und französischer Gesellschaften. (Wie vor 1914 lag somit auch jetzt die »Crux« bei der Realisierung großer wirtschaftspolitischer Ziele beim Kapitalmangel.) Es zeigte sich bald, daß die deutsche Stellung in der rumänischen Wirtschaft überhaupt nicht mit ökonomischen oder finanzpolitischen Anstrengungen verbessert werden konnte. Die privaten deutschen Investitionen in Rumänien waren und blieben vorerst gering. Die Anstöße zur Veränderung der Situation in Rumänien zu deutschen Gunsten konnten nur von Entscheidungen im Bereich der »Großen Politik« her kommen, und zwar nicht durch ein Hineinwirken in die rumänische Innenpolitik, das mehrfach versucht wurde, jedoch stets scheiterte, sondern allein durch machtpolitische Entscheidungen im internationalen Bereich. Dies – so die These des Vf.s – galt für die gesamte Zeit bis zur faktischen Einfügung Rumäniens in den deutschbeherrschten *Großwirtschaftsraum* im Spätsommer 1940. Die Wirtschaft folgte also zumindest im Falle Rumäniens stets der Politik!

Ein erster signifikanter Vorgang, der dies belegt, war der deutsch-rumänische Wirtschaftsvertrag vom 23. 3. 1939, wenige Tage nach dem Prager *Coup* Hitlers. Unter dem Eindruck dieser massiven Veränderung der europäischen Szenerie unterzeichnete die rumänische Regierung (ohne daß ein deutsches *Ultimatum* vorlag, wie der rumänische Gesandte in London Tilea gegenüber der britischen Regierung behauptete, um diese zu Gegenaktionen zu bewegen, aber doch unter dem Eindruck einer für Rumänien zugespitzten Situation) diesen Wirtschaftsvertrag, der – den getroffenen Vereinbarungen zufolge – praktisch auf eine Eingliederung Rumäniens in einen deutsch-geführten *Großwirtschaftsraum* hinaus-

lief. Als dann tatsächlich eine politische Gegenoffensive der Westmächte einsetzte (Garantie der Unabhängigkeit Rumäniens am 13. 4. 1939) und auch handelspolitische Aktivitäten folgten, verschob sich die Lage in Rumänien allerdings sogleich wieder zugunsten der beiden Westmächte. Der Wirtschaftsvertrag blieb »Programm«, die Realität war durch ein erneutes Übergewicht der britisch-französischen Position in der rumänischen Wirtschaft gekennzeichnet.

Nach Kriegsbeginn im September 1939 wurde die ökonomische Gegenoffensive der Westmächte erheblich verstärkt. Die Clearing-Basis im Handelsverkehr übte auf rumänischer Seite jetzt keinerlei Attraktivität mehr aus. Die Devisenkäufe der Alliierten ließen die Preise in die Höhe schnellen; hinzu kamen Transportschwierigkeiten im Winter 1939/40, so daß die Lieferungen aus Rumänien nach Deutschland einen Tiefstand erreichten, während diejenigen nach Großbritannien und Frankreich in einigen Monaten bis auf das Vierfache anstiegen (Tabelle S. 177). Erst die Entscheidung König Carols (der aus der bedrohlichen Situation seines Landes unter dem »Damokles«-Schwert des Hitler-Stalin-Pakts die politischen Konsequenzen zog) zugunsten einer *Verstaatlichung* des rumänischen Marktes, durch die die Möglichkeit des britisch-französischen Kapitals eingeschränkt wurde, führte eine Wendung herbei, so daß nunmehr die Voraussetzungen für ein Funktionieren des rumänischen Marktes zugunsten Deutschlands geschaffen waren. Doch konnte die »Waffe« der *Verstaatlichung* von der rumänischen Führung bei einer Veränderung der Kriegslage auch gegen Deutschland eingesetzt werden. Erst die großen politischen Ereignisse des Sommers 1940 (Niederwerfung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht, sowjetisches Ultimatum an Rumänien zwecks Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina, zweiter Wiener Schiedsspruch mit der Teilung Siebenbürgens und Garantie Rest-Rumäniens durch Deutschland und Italien sowie Regierungsübernahme durch General Antonescu) ließen diese Gefahr in sehr weite Ferne rücken und machten Rumänien effektiv zu einem Teil des deutschen *Großwirtschaftsraums*. Erst jetzt waren »Programm« und Realität einigermaßen zur Übereinstimmung gelangt.

Als Ursachen für diesen langen, ganz von den Entscheidungen im Bereich der »Großen Politik« bestimmten Weg benennt der Vf. – neben der aus der forcierteren deutschen Aufrüstung resultierenden Schwäche eines sonst wohl möglichen deutschen finanzpolitischen Engagements – vor allem die große Bedeutung des britisch-französischen Kapitals in der rumänischen Industrie, das die vom Aspekt der gegenseitigen Ergänzung her gesehen geradezu ideale wirtschaftliche Interessenverbindung Deutschlands und Rumäniens bis zur ersten großen Kriegsentscheidung im Sommer 1940 nicht zur vollen Auswirkung gelangen ließ. Die Reichsmark konnte einfach mit dem britischen Pfund nicht konkurrieren; die Attraktivität des Clearing war für die rumänische Seite hinfällig, sobald – wie es 1938–1940 der Fall war – devisenstarke Länder sich für die rumänischen Produkte interessierten. Die Finanzstrukturen beherrschten so sehr den Markt, daß jede noch so geringe britisch-französische Gegenoffensive alle bis dahin erreichten deutschen Vorteile in Rumänien wieder in Frage stellte – eine aus deutscher Sicht höchst labile Situation.

Warum die britische Regierung so lange – bis 1938 – zögerte, die »Waffe« einer

handelspolitischen Gegenoffensive unter Ausnutzung auch ihrer starken Kapitalposition in Rumänien einzusetzen, berührt der Vf. nur relativ kurz am Schluß seiner Studie. Neben Hinweisen auf die allgemeine Appeasement-Tendenz und die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen der Commonwealth-Mitglieder durch die Regierung in London sei es vor allem auf britischer Seite das Unvermögen gewesen, die Vorteile der starken eigenen Position und die Achillesferse in der Clearing-Basis für die deutsche Stellung in Rumänien zu erkennen. Man habe sich auf britischer Seite vom ›Mythos‹ des *Großwirtschaftsraumes* blenden lassen, so lange mit Gegenaktionen gezögert und diese dann auch nicht konsequent genug gehandhabt, daß das *Dritte Reich* die Zeit gewann, auf dem Wege über machtpolitische Entscheidungen den ›Mythos‹ in die Realität zu verwandeln.

Der Wert der Studie M.s liegt vor allem in der erreichten Differenzierung des klischeehaften ›Bildes‹ von der Einbeziehung der Donau- und Balkanländer in einen deutsch-geführten *Großwirtschaftsraum* während der dreißiger Jahre. Die Gegenwirkung der britischen und französischen Politik und die Rolle des britisch-französischen Kapitals in dem Ringen um Rumänien ist, statistisch gut untermauert, viel konkreter als bisher herausgearbeitet worden, die Einseitigkeit der Vorstellung von einer schon vor Kriegsbeginn erreichten Penetration Rumäniens damit widerlegt. Man kann gespannt darauf sein, welches Echo die Ergebnisse dieser Studie auf rumänischer Seite finden werden. Im übrigen bleibt zu hoffen, daß parallele Untersuchungen über die anderen Donau- und Balkanländer folgen, um den Komplex *Großwirtschaftsraum* bzw. *Mitteleuropa* als Zielvorstellung und Realität in den dreißiger Jahren weiter aufzuhellen. Erst wenn die empirische Forschung im Bereich Südosteuropas, der, wie eingangs betont, seit dem Ersten Weltkrieg für die Außenhandelspolitik des Deutschen Reiches eine zentrale Bedeutung besaß, weiter vorangeschritten ist, läßt sich auch die allgemeine Diskussion über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Expansion des »Dritten Reiches« sinnvoll, d. h. ohne dogmatische Festlegung a priori, fortführen.

Andreas HILLGRUBER, Köln

Mark POSTER, *Existential Marxism in Postwar France. From Sartre to Althusser*, Princeton (University Press) 1975, XII + 415 S.

In bisherigen Darstellungen zur Geschichte der sozialen Ideen in Frankreich erscheint die Zeit von der Résistance bis in die Sechziger Jahre als eine Zeit der »Obstructed Path«,¹ als eine Zeit, die gekennzeichnet ist von einer Häufung theoretischer Sackgassen, von erbitterten Polemiken ehemals gemeinsam Suchender wie Sartre, Camus, Merleau-Ponty, vom Tod der »großen« Autoren wie Camus und Teilhard de Chardin. Für Mark Poster dagegen, Historiker in Ir-

¹ H. Stuart HUGHES, *The Obstructed Path*, New York 1968.